

Entscheidungsrechte und politisches Leben

Wie die Versagung der **Rechtsfähigkeit** sich auf **die Staatsbürgerschaft** auswirkt

Als ein Bestandteil unserer 5
Es (Empower, **Elect**, Educate,
Employ, End segregation -
deutsch: Ermächtigen,
Wählen,
Erziehung/Ausbildung,
Einstellung, Beendigung von
Segregation) veröffentlicht



Inclusion Europe jedes Jahr ein Reflexionspapier über **das Recht, Entscheidungen zu treffen**, das sich auf das Jahresthema konzentriert; insbesondere auf die Folgen, wenn dieses Recht aberkannt wird. Diese Papiere heben auch bewährte Praktiken im Netzwerk Inclusion Europe hervor.

Empower 2018: Das Papier erörterte, wie unabdingbar das Entscheidungsrecht ist, um Selbstbestimmtheit zu gewährleisten.

Inclusion Europe

Europäische Bewegung von Menschen mit intellektuellen Behinderungen und ihren Familien

Avenue des Arts 3, 1210 Brüssel, Belgien

+32 25 02 28 15

secretariat@inclusion-europe.org

www.inclusion-europe.eu

 @InclusionEurope

 @InclusionEurope

 [youtube.com/InclusionEurope](https://www.youtube.com/InclusionEurope)



mitfinanziert durch
die Europäische Union

Elect 2019: Wir untersuchen das **Entscheidungsrecht und wie es sich auf das politische Leben auswirkt.**

Rechtsfähigkeit und Staatsbürgerschaft

Die Anerkennung der Staatsbürgerschaft steht in engem Zusammenhang mit der Anerkennung der Rechtsfähigkeit. In beiden Fällen wird ein Individuum als der Inhaber von Rechten und Pflichten anerkannt. Diese Anerkennung ist von grundlegender Bedeutung, da sie Menschen erlaubt, sich rechtmäßig aktiv in der Gestaltung des Gemeinwesens einzubringen, durch Diskussionen, Proteste, Wahlen; mit anderen Worten, am Kernstück der Demokratie.

Wird dem Einzelnen die Fähigkeit aberkannt, Entscheidungen zu fällen, die ihn oder sie betreffen, beraubt ihn das auch des Mitspracherechts in kollektiveren Diskussionen. Die Situation von Menschen mit intellektueller Behinderung, die in abgegrenzten und isolierten Umgebungen leben, denen das Recht versagt wird, für sich selbst zu entscheiden und am Gemeinwesen teilzuhaben, ist besonders entwürdigend.

Der UN-Ausschuss zum Schutz der Rechte von Menschen mit Behinderungen (CPRD) wies auf diese Wechselwirkung zwischen Rechtsfähigkeit und Teilhabe hin: "Gleiche Anerkennung vor dem Recht ist eine Voraussetzung für eine direkte und effektive Berücksichtigung und Einbeziehung von Menschen mit Behinderungen bei der Entwicklung um Umsetzung von Gesetzgebung und Politik zur Umsetzung des Übereinkommens." Der Ausschuss erkennt diesen grundsätzlichen Zusammenhang an und erklärt, dass dieser niemanden von der Teilhabe abhalten sollte, und empfiehlt, dass "der Mangel einer Einhaltung von Artikel 12 in keinem Fall die inklusive Umsetzung von Artikel 4 (3) und 33 (3) ausschließen sollte.

Gesetze und Politik sollten angepasst werden, um diese Barriere zur Teilhabe anzugehen, die auf der Versagung der Rechtsfähigkeit basiert.”¹

Der Ausschuss appellierte an die Staaten, “alle Gesetze aufzuheben, einschließlich jener, die die Rechtsfähigkeit versagen, die eine eingehende Beratung mit und aktive Einbeziehung von jeglichen Personen mit Behinderungen, ungeachtet der Art der Beeinträchtigung, verhindert”.²

Es gibt Konsequenzen für die Versagung der Rechtsfähigkeit auf individueller (1) wie auch auf kollektiver Ebene (2).

1. Individuelle Teilhabe

Das Recht zu wählen und gewählt zu werden

Der allgemeine Mangel politischer Teilhabe ist durch die Versagung eines Grundrechts zu erklären: dem Recht zu wählen und gewählt zu werden. Ohne politische Teilhabe werden Menschen mit Behinderungen niemanden haben, der sie vertritt. Darüberhinaus werden Menschen mit Behinderungen ohne gewählte Vertreter nicht in Debatten vertreten und einbezogen und somit von der Teilhabe am Gemeinwesen ausgeschlossen.

¹ Allgemeiner Kommentar Nr. 7, Ausschuss zum Schutz der Rechte von Menschen mit Behinderungen, Abs. 79

² Allgemeiner Kommentar Nr. 7, Ausschuss zum Schutz der Rechte von Menschen mit Behinderungen, Abs. 94 a)

Mitgliedsstaaten, die Menschen mit Behinderungen nicht erlauben zu wählen und gewählt zu werden, wie durch das Übereinkommen gefordert, verhindern eine sinnvolle Teilhabe und Repräsentation von Menschen mit Behinderungen in Debatten und/oder Entscheidungsprozessen. Rechtliche Einschränkungen hinsichtlich des Rechts von Menschen mit Behinderungen, für Ämter zu wählen und in Ämter gewählt zu werden, verhindert ihre Wahl von Vertretern, die sich für ihre Rechte und Interessen einsetzen. Die Menschenrechtskommissarin des Europäischen Rates intervenierte vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte und kritisierte die Tests, die Menschen unter Vormundschaft auferlegt werden, um ihre Wahlfähigkeit zu bewerten. Sie stellte fest, dass "in einer modernen Demokratie niemand rechtfertigen muss, warum er für eine bestimmte Partei oder einen bestimmten Kandidaten stimmt".³

Es gibt Fortschritte in der Europäischen Union (EU), wo seit den letzten Wahlen im Jahr 2014 sechs Mitgliedsstaaten Einschränkungen des Wahlrechts für Menschen, deren Rechtsfähigkeit versagt wurde, vollständig abgeschafft haben - Frankreich, Deutschland, Spanien, Dänemark, Irland und die Slowakei. Die letzten Veränderungen in der Gesetzgebung in Frankreich, Spanien, Deutschland und Dänemark haben etwa 500.000 Menschen mit Behinderungen die Möglichkeit eröffnet zu wählen.⁴ Dennoch hebt ein Bericht des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses hervor, dass immer noch 800.000 Menschen ihr Wahlrecht

³ [Drittintervention durch die Menschenrechtskommissarin des Europäischen Rates](#), CommDH(2018)16, 9. Juli 2018

⁴ Die Zahlen für Deutschland (80.000), Spanien (100.000), Dänemark (1.900) werden nicht erörtert und die Zahlen für Frankreich sind nicht klar. Während die FRA-Berichte (n21) 65.000 Menschen angeben, betrug die Anzahl, die von der [Französischen Interministeriellen Kommission für Behinderung](#) hervorgehoben wurde, 31.000, S. 32.

versagt wird. Wie die Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA) betonte, beschränken nur 12 EU-Mitgliedsstaaten nicht die Wahlrechte für Menschen unter Vormundschaft.⁵

Wenn es auch wichtige Fortschritte im Bezug auf das Wahlrecht gegeben hat, ist das Recht, sich zur Wahl zu stellen, nicht ausdrücklich durch die letzten vorgenannten Reformen angegangen worden. Mehr Menschen unter Vormundschaft werden systematisch von diesem Recht ausgeschlossen.⁶ Das Recht, sich zur Wahl zu stellen, ist ebenfalls von äußerster Bedeutung, da es über die politischen Wahlen hinausgeht und sich auf Wahlen in anderen rechtlich anerkannten Organisationen auswirkt, wie Organisationen behinderter Menschen (DPOs).

Erfahrungsberichte und bewährte Praktiken siehe Anhang.

Bürgerpflichten (Personal in Stimmlokalen, Geschworene)

Wenn der Vormundschaftsmechanismus Menschen ihre Rechte verweigern kann, kann er sie auch ihrer Pflichten berauben.

Der Europäischen Kommission wurden Fragen hinsichtlich der Fähigkeit einer Person gestellt, die kein volles Wahlrecht ausübt, als Geschworener zu fungieren.⁷ Wenn diese Überlegung auch auf Ausländer ohne volle Staatsbürgerschaft abzielt,

⁵ [Wer wird \(nicht\) bei den Wahlen zum Europäischen Parlament 2019 wählen können?](#), Agentur der EU für Grundrechte, 2019.

⁶ Zum Beispiel wurde in Frankreich Artikel L200 des Wahlgesetzes, das nicht alle Menschen unter Vormundschaft zulässt, nicht parallel zur Reform des Wahlrechts geändert.

⁷ [Schriftliche Frage](#), 5. Juni 2007

die nicht wählen dürfen, ist es wichtig, diese Diskussion zu führen, wenn es um Menschen unter Vormundschaft geht, denen ihr Wahlrecht versagt wird (oder nicht).

In mehreren Ländern schließt die Gesetzgebung durch Tauglichkeitskriterien bzw. Untauglichkeitskriterien Menschen unter Vormundschaft aus. In Belgien zum Beispiel müssen die Menschen "als Wähler registriert sein", "ihre Bürgerrechte und politischen Rechte haben"; "lesen und schreiben können".⁸ In Frankreich werden "Menschen unter teilweiser oder uneingeschränkter Vormundschaft" oder Personen, die in einer "Institution für Entfremdete" untergebracht werden, als außerstande erklärt, in einer Geschworenenjury zu dienen.⁹

In Irland haben Menschen mit einer psychischen Erkrankung oder einer psychischen Behinderung nicht das Recht, für eine Geschworenenjury zu kandidieren, wenn sie "in einem Krankenhaus oder einer vergleichbaren Institution wohnhaft sind oder regelmäßig zur Behandlung durch einen behandelnden Arzt vorstellig werden".¹⁰

Dieser Ausschluss von der Schöffentätigkeit betrifft viele Menschen mit Behinderungen und geht über Personen hinaus, denen ihre Rechtsfähigkeit versagt ist.¹¹

⁸ Belgisches Recht, mehr Informationen [hier](#).

⁹ Französisches Strafverfahrensrecht, [Artikel 256, 8°](#).

¹⁰ [Tauglichkeitskriterien für Schöffentätigkeit](#), Gerichtsdienst.

¹¹ Es gibt Artikel über Beschwerden von Menschen mit physischen Behinderungen, die von ihrer Schöffenpflicht ausgeschlossen werden.

Manche Länder wie Großbritannien haben ihre Gesetzgebung geändert, um Personen mit einer "psychischen Erkrankung" zum Schöffendienst zuzulassen.¹²

Die Verweigerung sowohl des passiven und aktiven Wahlrechts als auch der Schöffentätigkeit zeigen, wie Behinderung und die sinnvollen Anpassungen häufig als eine Entschuldigung dienen, um Menschen mit Behinderungen Bürgerrechte, aber auch Bürgerpflichten zu verweigern. Daher können sie ihre Rechte nicht einfordern, aber auch nicht für die Nichterfüllung ihrer Pflichten zur Rechenschaft gezogen werden. Dieser doppelte Ausschluss führt dazu, dass Menschen mit Behinderungen ihrer Chance, zur Gesellschaft zu gehören, beraubt werden.

Generelle Teilhabe: Beitritt zu politischen Parteien, Gewerkschaften

Wie der Ausschuss zum Schutz der Rechte von Menschen mit Behinderungen im Allgemeinen Kommentar zur Teilhabe hervorhob, haben die Staaten eine Pflicht sicherzustellen, dass Menschen mit Behinderungen "ihr Recht ausüben können, konsultiert und nicht durch andere von ihrer Einbringung abgehalten zu werden."¹³ Dies erfordert Aufklärungsarbeit bei Leistungsträgern, Angestellten des öffentlichen Dienstes und bisweilen auch Familien über das Recht von Menschen, am öffentlichen und politischen Leben teilzuhaben. Es erfordert auch Mechanismen, die einen Interessenkonflikt von Vertretern von Organisationen von Menschen mit Behinderungen mit anderen Anspruchsberechtigten

Siehe zum Beispiel: "[Schöffentätigkeit: Viele Menschen mit Behinderungen würden gerne ihre Bürgerpflicht erfüllen](#)", The Irish Times, 4. Februar 2019.

¹² Mental Health (Discrimination) Act (Gesetz zur (Diskriminierung aufgrund der) psychischen Gesundheit), 2013

¹³ Allgemeiner Kommentar Nr. 7, Ausschuss zum Schutz der Rechte von Menschen mit Behinderungen, Abs. 52

verhindern, die sich nachteilig auf die "Autonomie, den Willen und die Präferenzen von Menschen mit Behinderungen" auswirken würden.¹⁴

In der Praxis würde dies bedeuten, dass eine Person, die in einer Institution und unter Vormundschaft lebt, nicht ihres Rechtes beraubt werden sollte, an Diskussionen über das Leben in der Gesellschaft und Deinstitutionalisierung teilzunehmen.

Bezüglich einer Mitgliedschaft in politischen Parteien sind trotz der Wahrscheinlichkeit, dass Menschen mit Behinderungen Mitglieder politischer Parteien sind, vielen der von diesen Parteien organisierten Veranstaltungen unzugänglich. Insbesondere für Menschen mit intellektuellen Behinderungen besteht ein Mangel zugänglicher Wahlkampfunterlagen, z. B. Parteimanifeste in zugänglichen Formaten. Das wird die Fähigkeit, Entscheidungen zu treffen und sich zu beteiligen, behindern, basierend auf den Informationen, die zugänglich ist.

Dasselbe gilt für die Teilnahme an Gewerkschaften, die zwar Arbeitnehmer in ihren Aktionen vertreten, durch ihren Mangel an Inklusivität jedoch nicht in der Lage sind, Arbeitnehmer mit intellektuellen Behinderungen vollständig zu vertreten, die im allgemeinen Arbeitsmarkt arbeiten. Bei Arbeitnehmern, die in Sektoren arbeiten, können wir von einem Mangel oder Nichtvorhandensein an Gewerkschaften ausgehen.

¹⁴ Allgemeiner Kommentar Nr. 7, Ausschuss zum Schutz der Rechte von Menschen mit Behinderungen, Abs. 52

2. Kollektive Teilhabe

Die Verweigerung der Rechtsfähigkeit betrifft Menschen mit intellektuellen Behinderungen nicht nur persönlich, sondern wirkt sich auch auf ihre Fähigkeit aus, andere Organisationen zur Vertretung eigener Interessen einzurichten und somit ihr Versammlungsrecht zu nutzen.¹⁵

Versammlungsrecht

Menschen mit intellektuellen Behinderungen, die Organisationen zur Vertretung eigener Interessen einrichten, stehen vor einer rechtlichen und einer finanziellen Hürde.

Die rechtliche Hürde besteht in dem Umstand, dass Menschen, denen ihre Rechtsfähigkeit versagt wird, keine Vertretungsgemeinschaft wie eine Organisation zur Eigeninteressenvertretung einrichten können. Dies bedeutet, dass Organisationen zur Eigeninteressenvertretung nicht unabhängig ohne externe Handlungen von Familien, Leistungsträgern etc. durch Personen mit intellektuellen Behinderungen eingerichtet werden können. Daher werden sie keine rechtliche Anerkennung (oder gesetzlichen Status) durch den Staat genießen.

¹⁵ Weitere Informationen siehe Vorlage von Inclusion Europe zum Allgemeinen Kommentar Nr. 7
Seite 9 von 21

In der Praxis bedeutet dies, dass die meisten Organisationen zur Eigeninteressenvertretung über andere Organisationen existieren, wie etwa eine Mutterorganisation, jedoch keine Autonomie haben.

Die finanzielle Barriere bedeutet, dass diese Organisationen und ihre Mitglieder ohne eine rechtliche Anerkennung keine Kontrolle über ihr eigenes Geld haben können. Diese bedeutet, dass sie sich weder auf Projekte bewerben noch selbst für diese werben können und kein eigenes Bankkonto eröffnen können, sodass sie bei Mittelbeschaffungsmaßnahmen eingeschränkt sind. Ohne gleichen Zugang zu Mitteln können weder die Unabhängigkeit noch die Nachhaltigkeit dieser Organisationen garantiert werden.

Ähnlich wie Personen sind Organisationen zur Eigeninteressenvertretung, deren Rechtsfähigkeit versagt ist, begrenzt hinsichtlich ihres Zugangs zum normalen Umfang an Rechten und Pflichten, zu denen andere Zugang haben.

Teilhabe und Unterstützung von Organisationen zur Eigeninteressenvertretung

Sowohl die rechtlichen als auch die finanziellen Elemente sind unerlässlich, um sowohl die Unabhängigkeit als auch die Nachhaltigkeit der Bewegung zur Eigeninteressenvertretung zu gewährleisten. Der Ausschuss zum Schutz der Rechte von Menschen mit Behinderungen empfiehlt daher, dass Staaten "eine für die Einrichtung und das Funktionieren von Organisationen von Menschen mit Behinderungen förderliche Umgebung zu schaffen, durch die Verabschiedung politischer Rahmenbedingungen, die günstig für ihre Einrichtung und ihren nachhaltigen Betrieb sind". Des Weiteren nennt der Ausschuss explizit die "Unabhängigkeit und Autonomie vom Staat, die Einrichtung, Umsetzung und den

Zugang zu angemessenen Mittelbeschaffungsmaßnahmen, einschließlich finanzieller Unterstützung und internationaler Zusammenarbeit sowie Leistung von Unterstützung.“

Erfahrungsberichte und bewährte Praktiken siehe Anhang.

Hintergrund: Das Recht, Entscheidungen zu treffen

Entscheidungen treffen

Der UN-Ausschuss zum Schutz der Rechte von Menschen mit Behinderungen sagt, Länder müssten das Entscheidungsrecht jedes Einzelnen respektieren, einschließlich von Personen mit Behinderungen.

Das Recht zu entscheiden ist eine wichtige Eintrittsstelle, die Zugang zu vielen anderen Rechten verschafft:

- das Recht zu wählen, wo und mit wem man lebt
- das Recht zu wählen und gewählt zu werden
- Entscheidungen zur gesundheitlichen Versorgung zu treffen
- das Recht zu heiraten und eine Familie zu gründen¹⁶
- ein Bankkonto zu haben

¹⁶ Ausschuss für die Rechte von Menschen mit Behinderungen, 'Artikel 12: Gleiche Anerkennung vor dem Recht' (2014), 8.

- Kontrolle über sein eigenes Geld und Eigentum zu haben¹⁷

Was bedeutet es, wenn einem die Rechtsfähigkeit versagt wird?

Einige Gesetze und Bestimmungen verhindern, dass Menschen mit Behinderungen ihre eigenen Entscheidungen treffen können. Diese können als Pflegschaft oder Vormundschaft bezeichnet werden, die ein unterschiedliches Ausmaß an Einschränkungen beinhalten. Sie können verhindern, dass Personen Entscheidungen für sich selbst treffen und andere einsetzen, um für sie Entscheidungen zu treffen, wie zum Beispiel:

- Persönliche Entscheidungen, z. B. die Entscheidung, wo und mit wem man lebt.
- Medizinische Entscheidungen, z. B. Entscheidungen über die gesundheitliche Versorgung
- Finanzielle Entscheidungen, z. B. zur Kontrolle über ihr Eigentum

Vormundschaft und ersetzende Entscheidungsfindung können nie ein gutes System sein, ungeachtet der Stufe der Vormundschaft und des Ausmaßes an Unterstützungsbedarf.

¹⁷ Inclusion Europe, 'Easy-to-Read-Definitionen: Legal Capacity (Rechtsfähigkeit)' (siehe bitte [hier](#))

Unterstützte Entscheidungsfindung

Unterstützte Entscheidungsfindung ist die Unterstützung, die einer Person zuteil wird, damit sie ihre eigenen Entscheidungen treffen kann. Es gibt viele Arten unterstützter Entscheidungsfindung, wie zum Beispiel:

- **Verträge über unterstützte Entscheidungsfindung:** Dies sind Verträge, die keinen Richter erfordern, um jemanden auszuwählen, der bei der Entscheidungsfindung hilft.
- **Gemeinsame Entscheidungsfindung:** liegt vor, wenn man jemanden auswählt, mit dem man gemeinsam Entscheidungen trifft. Damit dies eine wirkliche Form der Unterstützung ist, müssen die Personen freiwillig wählen können, wer ihnen dabei hilft, Entscheidungen zu treffen und in der Lage sein, ihre Meinung zu ändern, wann immer sie das wünschen.
- **Peer Support:** Menschen unterstützen einander mit Wissen, Erfahrungen, emotionaler oder praktischer Hilfe.¹⁸
- **Unabhängige Vertreter:** Unabhängige Vertreter unterstützen Personen bei der Entscheidungsfindung und sprechen mit allen Beteiligten.
- **Vorausverfügungen:** Wenn man aufschreibt, was man möchte, dass in der Zukunft geschieht, damit andere sehen können, welche Wahlen man getroffen hat. In manchen Ländern besagt das Gesetz, dass andere Menschen nicht immer verpflichtet sind, unseren Wahlen zu folgen.¹⁹

¹⁸ Siehe das Projekt [TOPSIDE](#) von Inclusion Europe zu Peer Support.

¹⁹ Generalversammlung, 'Bericht des Sonderberichterstatters für die Rechte von Menschen mit Behinderungen' A/HRC/37/56 (12. Dezember 2017), 7 und Easy-to-Read-Version, 21.

Was ist Rechtsfähigkeit?

“Rechtsfähigkeit ist die Fähigkeit, Rechte und Pflichten zu haben (gesetzlicher Status) und diese Rechte und Pflichten auszuüben (Rechtsausübung).”²⁰

Rechtsfähigkeit ist das Recht, gesetzmäßige Rechte auszuüben und Entscheidungen zu treffen, die rechtsverbindlich sein können.²¹ Es ist das Recht, Entscheidungen zu treffen und diese durch das Gesetz und andere Menschen respektiert zu sehen. Es ist auch das Recht, Fehler zu machen, aus ihnen zu lernen und sich weiterzuentwickeln, wie alle anderen.

Jede Person hat das Recht auf Anerkennung ihrer Rechtsfähigkeit.²² Die UN-Behindertenrechtskonvention bestätigte, dass ungeachtet des Unterstützungsbedarfs bei der Ausübung der Rechtsfähigkeit niemandem das Recht zur Einholung von Unterstützung bei der Entscheidungsfindung versagt werden solle.²³

²⁰ Siehe n (4), 3.

²¹ Generalversammlung, ‘Bericht des Sonderberichterstatters für die Rechte von Menschen mit Behinderungen’ A/HRC/37/56 (12. Dezember 2017) 14.

²² Siehe n (4), 3.

²³ Siehe n (4), 7.

Die Anerkennung der Rechtsfähigkeit ist wichtig, um Zugang zu vielen anderen Rechten zu bekommen, unter anderem:

- Eigentum zu verwalten, zu besitzen und zu erben²⁴
- Zugang zu finanziellen Ressourcen, einschließlich Darlehen und Hypotheken zu bekommen²⁵
- eine Geburtsurkunde und einen Pass zu haben
- medizinische Entscheidungen zu treffen²⁶
- unabhängig zu leben²⁷
- zu wählen, wo und mit wem man lebt²⁸
- zu heiraten und eine Familie zu gründen²⁹
- Zugang zur Justiz zu haben³⁰
- zu wählen oder sich zur Wahl zu stellen³¹

²⁴ Siehe n (4), 7.

²⁵ Siehe n (4) 3.

²⁶ Siehe n (4) 3.

²⁷ Siehe n (4), 9 und 11.

²⁸ Siehe n (4), 12.

²⁹ Siehe n (4), 8.

³⁰ Siehe n (4), 10.

³¹ Siehe n (4), 12.

Berichte und bewährte Praktiken

Mi Voto Cuenta, Plena Inclusion, Spanien

Plena Inclusion führte eine Kampagne in Spanien durch, die den Namen Mi Voto Cuenta (Meine Stimme zählt) trägt. Das Ziel war, mit Politikern zu sprechen und sie anzuregen, über die Wichtigkeit des Wahlrechts aufzuklären. Als Teil der Kampagne wurden Treffen mit politischen Parteien und öffentlichen Bediensteten durchgeführt, um Ideen auszutauschen und Familien und Freiwillige zu unterstützen. Plena Inclusion veröffentlichte über diese Kampagne auch Positionspapiere darüber, was Eigeninteressenvertreter im Hinblick auf die Wahlen möchten, sowie ihre Meinungen. Es wurde ein Formular erstellt, um Rückmeldungen von Menschen mit intellektuellen Behinderungen über ihre Wahlerfahrungen einzuholen. Mehr Informationen [hier](#) und [hier](#) (auf Spanisch)

Sami Helle, Finland

Sami Helle ist nicht nur ein bekannter Musiker in Finnland, der in verschiedenen Bands gespielt hat, sondern ist auch politisch aktiv geworden. Er kandidierte 2017 bei den Kommunalwahlen und wurde leider nicht gewählt. Dennoch hat er, wie er meinte, "gelernt, wie das politische System funktioniert". Er tritt auch regelmäßig öffentlich auf, um ein Bewusstsein für die Rechte von Menschen mit Behinderungen zu schaffen. Zum Beispiel sprach er in einer finnischen Fernsehsendung über die öffentliche Auftragsvergabe in Finnland und inwiefern sie eine Bedrohung für die Menschenrechte darstellt. Außerdem ist er der Gründer des Interessenverbandes Me Itse ry (Wir für uns), einer Nonprofit-

Eigeninteressenvertretung mit über tausend Mitgliedern mit intellektuellen Behinderungen. Die Gruppe ist in der Lokal- und Landespolitik aktiv und organisiert Veranstaltungen und Ausbildungen in ganz Finnland. Mehr dazu [hier](#).

Sara Pickard, England

Sara Pickard arbeitet für Mencap, ein Mitglied von Inclusion Europe, und führte im Rahmen von zwei großen Projekten Trainings für junge Menschen mit Lernbehinderungen in Schulen und Hochschulen in ganz Wales durch. Sie ist auch schon lange für die Europäische Plattform für Eigeninteressenvertreter tätig. Sie wurde 2015 als Gemeinderätin in Walles gewählt und wurde zum ersten Gemeinderat in ihrer Gegend mit Down-Syndrom. Mehr Informationen [hier](#).

Angela Covadonga Bachiller, Spanien

Angela Covadonga Bachiller wurde 2013 Spaniens erste Stadträtin mit Down-Syndrom. Sie beschloss, politisch aktiv zu werden und nahm an der Wahlkampagne von Valladolid im Mai 2011 teil. Sie hob die offenkundige Diskriminierung hervor, der sich junge Menschen desselben Alters unter denselben Bedingungen gegenüber sehen, die nicht wählen dürfen". Mehr Informationen [hier](#).

Erfahrungsberichte

Menschen, denen das Wahlrecht versagt ist

"Es fühlt sich so an, als seien wir nicht so wichtig wie andere. Ich fühle mich wie ein Bürger zweiter Klasse." Ein Eigeninteressenvertreter, dem sein Recht zu wählen versagt ist, Ungarn

Die Reise von Menschen, die versuchen, ihre Stimmrechte wiederzugewinnen

"Damals war ich in einem Jugendheim. Der Richter stellte mir Fragen über die Tagespolitik, auf die ich keine Antwort wusste. Ich war damals über Politik nicht auf dem Laufenden. Also entzog mir der Richter mein Wahlrecht. Ja, wirklich. Ich sprach mit Caroline, meiner Kontaktperson beim Foyer de la Fraternité, und sie bot mir Unterstützung bei der Rückgewinnung meines Wahlrechts mit Hilfe meines gesetzlichen Vertreters an. Dies wurde zu meinem persönlichen Projekt als Teil meiner Aktivitäten beim Foyer. Ich war sehr glücklich, dieses Recht zurückzubekommen. Ich bin Staatsbürgerin und halte mich für fähig zu wählen, also wollte ich immer wählen. Endlich werde ich es tun können." Justine Lambole, Frankreich

Menschen, die zum ersten Mal wählen

"Es war eine gute Erfahrung, das Wahllokal war in der Nähe meines Hauses. Wir wählen hier mit Wahlzetteln, nicht mit Maschinen. Ich war stolz, wählen zu können. Ich war immer entschlossen zu wählen. Dies ist das erste Mal, dass ich bei den Europäischen Wahlen abstimmen werde. Ich muss mich noch entscheiden, für wen ich wähle; ich werde mich informieren, aber ich denke, ich

werde für dieselbe Partei wählen wir bei den allgemeinen Wahlen." Cristóbal Otero, Spanien.

Die Wichtigkeit des Wählens

"Es ist wichtig, dass wir alle gut im EU-Parlament repräsentiert sind" Andreas Zehetner, Österreich

"Zu wählen ist die Pflicht eines jeden Staatsbürgers. Es ist eine Möglichkeit, sich selbst auszudrücken. Wir sind Bürger wie alle anderen. Wählen ist wichtig, weil es uns hilft, unsere Träume wahr werden zu lassen" Dany und Lucette Blanquart, Frankreich.

Bewährte Praktiken

Wahlrechtsreformen: Dänemark, Frankreich, Deutschland, Spanien

Frankreich, Spanien, Deutschland und Dänemark nahmen Reformen an ihrem System vor, um es allen Menschen zu ermöglichen zu wählen, einschließlich jener unter Vormundschaft, die eine Einschätzung durch einen Richter vornehmen lassen mussten. Ungeachtet dessen, ob die Reformen auf der Ebene der Gesetzgebung (Frankreich, Spanien, Dänemark) oder der

Rechtsprechung (Deutschland) erfolgten, führten sie alle dazu, die Hürden für an die 500.000 Menschen in ganz Europa zu brechen.

Österreichische Rechtsfähigkeitsreform

Nach einem Zuwachs der Anzahl an Menschen unter Vormundschaft und den Abschließenden Bemerkungen , die der Ausschuss zum Schutz der Rechte von Menschen mit Behinderungen herausgab, begann die österreichische Regierung mit einer Reform der Gesetzgebung zu Vormundschaft. Während des zweijährigen Prozesses wurden Gruppen wie Eigeninteressenvertretungen, Vormundschaftsverbände, Leistungsträger und Rechtsanwälte einbezogen. Es gab Unterstützung, um Alternativen für die 60.000 Menschen unter Vormundschaft zu finden. Durch die neue Reform wurde auch einfach lesbare Broschüren entwickelt.

Mehr Informationen [hier](#).

After the capacity, the engagement & ownership: **Enable Scotland: Enable the Vote campaign** (Nach der Rechtsfähigkeit folgen Engagement & Eigentum: Enable Scotland: Enable the Vote-Kampagne)

#ENABLEtheVote, Enable Scotland

ENABLE Scotland hat es sich zur Priorität gemacht, Menschen mit Lernbehinderungen bei der Ausübung ihres Wahlrechts zu unterstützen und sie

hierzu über die Themen, Kandidaten und Parteien, die in Frage kommen, informiert und ermächtigt.

Enable Schottland brachte Informationsblätter heraus und veranstaltete zugängliche Wahlkämpfe, um Menschen mit Lernbehinderungen dabei zu unterstützen, sich mit den Themen auseinanderzusetzen und ihre Stimme so abzugeben, wie sie es wählten. Dies umfasst Informationen in Formaten, die für Menschen mit komplexem Unterstützungsbedarf zugänglich sind, einschließlich sensorische Beeinträchtigung, sowie Unterstützung für nonverbale Personen, um ihre Meinungen und ihre Auswahl an Kandidaten zu kommunizieren.

Diese Kampagnen erwiesen sich als äußerst erfolgreich, mit einer Teilnahme von 80% von Menschen mit einer Lernbehinderung, die an der #ENABLEtheVote-Kampagne teilnahmen und ihren Wunsch wiederholten, 2016 bei den schottischen Parlamentswahlen wieder zu wählen, und 2017 sagten 91% aus, dass sie auf jeden Fall bei der Wahl zur Gemeindevertretung abstimmen würden. Dies ist bedeutend höher als die 46,9% der gesamten Wählerschaft, die tatsächlich bei den Gemeindevertretungswahlen in ganz Schottland abgestimmt haben.

Mehr Informationen [hier](#).